

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sülten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die Zeile 10 Pfennig für Arbeiter: gelblich 75 Pfennig, Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schreibweise und Adressen: Duisburg, Seltendamm 17. Derzeitiger Inhalt der Redaktion: Samstags, morgens 11 Uhr. Rückfragen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Anzeigen-Nachnahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 24.

Duisburg, den 15. Juni 1918.

19. Jahrgang.

Ein ernstes Wort!

„Wie oft denke ich an die schöne Zeit vor dem Kriege zurück, wo wir gemeinschaftlich arbeiten konnten an der Hebung und Besserung der Arbeiterverhältnisse. Hoffentlich werden die Kollegen, die daheim sind dafür sorgen, daß die Arbeitsverhältnisse sich nicht verschlechtern. Wenn ich, so Gott will, gesund und heil aus diesem langen und schrecklichen Kriege heimkehre, dann will ich gerne wieder mitarbeiten, was in meinen Kräften steht.“

Diese Worte schreibt mir der Kollege A. W., der als 43-jähriger schon 3 Jahre an der Front steht. Gabe es eigentlich diesen murrigen Worten noch viel hinzuzufügen? Welches Sehnen zur alten Gewerkschaftsarbeit spritzt aus ihnen, sind sie aber nicht zugleich ein ganz ernstes Mahnwort an die zu Hause?

„Hoffentlich werden die Kollegen, die daheim sind dafür sorgen, daß die Arbeitsverhältnisse nicht schlechter sind.“ So spricht unser alter Kollege von der Front. In einem Satz liegt eine große Verpflichtung der Arbeitskollegen der Heimat an die heimkehrenden Krieger. Gar oft würde zu uns gesprochen, daß wir in eigenem Interesse die Organisation stärken müssen. Mit Recht! Die Organisation ist der einzige wirtschaftliche Rückhalt und die Stütze des Arbeiters und der Arbeiterin. Wie viele sagen aber immer noch: „Ich habe die Organisation nicht notwendig.“ Wie wenig Kameradschaftlichkeit, wie wenig Gefühl gemeinsamer Standesinteressen liegt in diesen egoistischen Entschuldigungsworten. Nader Geiz, Wreden vom Verbandsbeitrag und von solidarischer Mitarbeit, persönlicher Rückhalt in großer Zeit, das waren und sind meistens die wahren Ursachen. So manche Arbeiter und Arbeiterinnen schamen sich nicht, im Arbeitsleben die Rolle der „Dröhnern“ zu spielen. Sie arbeiten unter den Bedingungen, die dank der gewerkschaftlichen Tätigkeit erreicht wurden, stehen gewerkschaftliche Erfolge in der Form verbesserter Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein, stehen aber abseits der Organisation. Sie ernten, wo sie nicht gesät haben.

Wer soll vor solchen Leuten Achtung haben, was denken denn diese von sich selbst? Wahrscheinlich, dem eignen Ansehen und dem Fortkommen der Arbeiterkraft dient ihr Fernbleiben von der Organisation nicht. Wie urteilen selbst Unternehmer über Unorganisierte? Aus den vielen nur ein Beispiel. Die „Westdeutsche Malerzeitung“ das Organ der rheinisch-westfälischen Malermeister urteilt in ihrer Ausgabe vom 29. März 1913:

„Diese Jammergehalten, die keine Kollegialität kennen und die Gebote der Solidarität mit Füßen treten, beklagen sich über Mangel an Kollegialität, sie lehnen das Zusammenwirken mit den organisierten Berufsgenossen zu der Erzielung eines besseren Tarifs rundweg ab. Werkwürdige Leute, diese Schmarotzergewächse, die die Früchte genießen wollen, ohne daß sie den Baum gepflanzt haben, die sich an den Tisch setzen, den andere gedeckt haben, die die Kostanten verzehren, die ihre organisierten Kollegen aus dem Feuer geholt haben... Aus wirtschaftlichen Gründen ist es eine Lebensfrage für jede Arbeiterorganisation, möglichst alle Berufsgenossen in sich zu vereinen, da nur eine starke, lädenlose Organisation die Gewähr des Erfolges bietet; aus moralischen Gründen ist es eine Pflicht für jeden Arbeitgeber, durch seinen Beitritt zur Organisation dafür zu sorgen, daß die Organisation lädenlos dasteht. Hieraus ergibt sich die Stellung der organisierten Arbeitgeber zu ihren unorganisierten Kollegen ganz von selbst. Sollten wir etwa auf die Unkollegialität, auf das Schmarotzertum eine Prämie setzen? Das wäre ein ganz unbilliges Verlangen und ein Hohn auf die soziale Moral.“

Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes für das Holzgewerbe prägte seinerzeit das Wort: „Wer kein Opfer für die Organisation bringen will, dem kann es gar nicht schlecht genug gehen.“ Eine fruchtbringende Tätigkeit hat unser christlicher Metallarbeiterverband anfallend, große Aufgaben stehen der Metallarbeiterschaft in der Zukunft noch bevor. Da gilt es heute in der Kriegszeit die Arbeit zu leisten. Nicht daß unsere heimkehrenden Kollegen enttäuscht vor der Arbeit der Daheimgebliebenen stehen. Wir dürfen nicht bequemlich und kurzfristig sein. Stärkung des Verbandes ist Pflicht eines jeden Verbandesmitgliedes, jeder muß Agitator sein.

In Nr. 18 des Verbandsorgans ertönte an uns der Mahnruf: „Hast Du auch Deine Pflicht getan, Kollege?“ Es ist hier die Frage aufzuwerfen: Von wieviel Ortsgruppen- und Sektionsleitern wurde dieser wichtige Artikel in Versammlungen und Mitgliederberathungen besprochen und zur Grundlage der eignen praktischen Arbeit genommen? Es ist höchste Zeit, fehlendes hier nachzuholen.

Arbeiten wir auch an unserer finanziellen Kühlung. Die Arbeitgeberorganisationen haben während des Krieges Gelegenheit gehabt zu rüsten. Sie hätten erhöhte Einnahmen und wenig Ausgaben. Bei den Arbeiterorganisationen war es umgekehrt. Die Massen unserer zum Heere eingetriebenen Kollegen konnten keine Beiträge mehr bezahlen, die Organisation bekam über erhöhte Ausgaben. Was wurde nicht alles geleistet in den Kriegsjahren an Arbeitslosen-

unterstützungen, an Kriegerfamilien- und Hinterbliebenenunterstützung und Fürsorge. Und damit auch, ist nicht für den Verband auch alles teurer geworden? Ich nenne hier unser vorbildliches Bildungsmittel, das Verbandsorgan, unsere Verwaltungsanstalten, die unermüdet im Interesse der Verwaltung der Arbeiterwünsche auf dem Gebiete der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Hebung der Lage unserer Metallarbeiterschaft und vor allem unserer Mitglieder tätig sind, kosten das Doppelte der Friedenszeit. Wollen wir da durch Kleinliche Sparsamkeit unsere eigne Verbandsstätigkeit schmälern? Keinesfalls! Nun, dann spielt ein Mehr von 10-20 Pfg. Wochenbeitrag für uns auch keine Rolle mehr. Das ist eigentlich noch nichts gegen die Steigerung der Ausgaben, die auch der Krieg für unsern Verband als Ganzes gebracht hat, ist auch nichts gegen das was im Interesse der Kühlung für die Zukunftsarbeit notwendig ist.

Ich gehe noch weiter. Wir haben in fast allen Orten unseres Verbandsgebietes durch die Verbandsstätigkeit zum Teil sehr große Erfolge auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt. Das Verbandsorgan hat darüber viel erfreuliches berichten können. Da wäre es doch mehr als kleinlich - fast geizig möchte ich sagen - wenn wir auch nicht unserer Verbandsstätigkeit gedenken würden. 10-20 Pfg. Erhöhung des Wochenbeitrages fällt gar nicht ins Gewicht gegenüber dem, was wir durch die Verbandsstätigkeit erreicht haben. Wir schämten uns kürzlich in unserer Ortsgruppe, wo wir eine Erhöhung unseres Monatsbeitrages auf 20 Pfg. beschlossen, selber, daß wir mit dieser Erhöhung solange gewartet hätten, weil einige Kollegen fürchteten, es könne uns schaden. Wir haben die Erhöhung am 1. April eingeführt, kein Mitglied hat eine solche Äußerung gezeigt, daß es absperrt. Im Gegenteil, die Mitglieder haben die Beitragserhöhung als Selbstverständlichkeit betrachtet. Wenn da und dort eine andere Organisation auf Grund niedriger Beiträge Schmuckkonkurrenz betreiben will, so zeigt sie von vornherein ihren gewerkschaftlichen Unwert. Wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß Hauptkasse, Bezirks- und Lokalstellen auch die notwendigen Einnahmen erhalten.

Die in Nr. 23 des Verbandsorgans angekündigte Verbandsgeneralsammlung wird, was den Verband als Ganzes anbelangt, sich mit der Frage der Verbandsfinanzierung unbedingt zu befassen haben. Wir dürfen aber nicht auf die Verbandsgeneralsammlung warten. Tun wir Mitglieder in den Ortsgruppen selbst das Erforderliche. Und wo etwa gar ein kurzfristiger Ortsgruppenvorstand ist, der vor lauter „wenn und aber“ sich zu keinem durchgreifenden Entschlusse getraut, da sage ich: es ist Pflicht von uns Mitgliedern das Notwendige zu verlangen und selbst durchzuführen. Solalzufrühe in Höhe der Beiträge, wie sie vor dem Kriege üblich waren, in Höhe von 10 Pfg., müssen als rückständig und unzulänglich bezeichnet werden. Solche Beiträge sind ebenso lächerlich, wie wenn unsere Arbeitgeber an uns das Verlangen stellen würden, mit Friedenslöhnen auszukommen. Tun wir also auch da unsere Pflicht. Dann sind wir in der Lage, auch den kommenden Dingen ruhigen Auges und kühlen Nuzes entgegen zu sehen. Innerer und äußerer Ausbau unseres christlichen Metallarbeiterverbandes ist die Grundlage unserer wirtschaftlichen Tätigkeit. Es sind wir dann auch in der Lage die Erwartungen unserer Kameraden an der Front zu erfüllen; getreu nach der Lösung: Einer für alle und alle für Einen.

Um das gleiche Wahlrecht.

(Schluß.)

Nur aus diesen geschichtlichen Tatsachen kann man auch verstehen, warum Bismarck das Reich so gestaltet hat, wie es sich uns darstellt: aber ein Staat ist doch kein steinerner Koloss. Auch für ihn gilt: Alles fließt! In Preußen aber ist in den letzten Jahrzehnten auf vielen Gebieten politische Stagnation eingetreten. Um diese zu beseitigen, müssen die breiten Schichten stärker am staatlichen Leben interessiert werden. Das geht aber nicht, wenn das stehende Christlichsystem ausrecht erhalten werden soll. Früher war der Grundbesitz im Staatsleben allein herrschend; dann kam neben ihm die Geldmacht zur Geltung. Die Gegenwart jedoch erfordert, daß neben diesen Mächten auch die lebendige menschliche Arbeit in angemessener Weise zum Träger der politischen Macht im Staate herangezogen werde. Das ist am höchsten durch das gleiche Wahlrecht erreichbar. Die christlich-nationalen Arbeiterbewegung tritt nicht aus bloßen demokratischen Motiven dafür ein; sie will keine einfache Mehrheits Herrschaft, keine Parlamentarisierung nach westeuropäischem Muster. Deutschlands Stellung ist eben viel schwieriger, als diejenigen anderer Staaten mit nur einer Grenze. Immer drängen die Gegner gegen die Mitte: sie haben hungrige Mäuler und blicken auf den Kuchen in der Mitte, von dem jeder ein Stück abschneiden möchte. Daher kann unser Staatswesen nicht nach fremdländischen Verfassungsskizzen aufgebaut und vertrieben werden. Wir wollen auch keine Herrschaft der breiten Mehrheit. Die Zugungen der Gewerkschaften können nur mit einer Dreiviertel- oder Dreiviertelmehrheit abgeändert

werden; große Streit sind nach dem Streikreglements nur beim Vorhandensein einer Dreiviertel- oder Viertelmehrheit zugelassen. Die einfache Mehrheits Herrschaft kennt man also in den Gewerkschaften nicht. Die aber will die reine Demokratie im Staatsleben und darum lehnen wir sie ab. Insbesondere unterscheiden wir uns ganz wesentlich von der Sozialdemokratie und den Leuten um das Berliner Tageblatt. Wir wollen gleiches Recht für alle, aber eine Sicherung hinsichtlich der Lebensfragen von Volk und Reich durch die Verfassung. Deshalb wie in anderen deutschen Staaten müssen auch in Preußen Verfassungsänderungen nur mit Zweidrittelmehrheit zugelassen sein.

Alle diese Erwägungen wirken nun bei dem jetzigen Wahlrecht ein. So wird die preussische Wahlrechtsfrage zu einer deutschen Frage und sowohl Freunde, wie Gegner wissen, was bei dem Kampfe auf dem Spiele steht. Die Gegner kämpfen größtenteils um die Aufrechterhaltung der bisher von ihnen innegehabten politischen Macht. Einen Teil derselben drängen allerdings auch vaterländische Besorgnisse. Sie sagen, das deutsche Reich sei nicht vom Volke selbst, sondern durch einige ausnahmsweise tüchtige Staatsmänner geschaffen worden. Das deutsche Volk sei sich der weltpolitischen Lage seines Landes bisher nicht ausreichend bewußt gewesen. Sie wollen, wie sie sagen, in solcher Lage die Leitung der Geschicke des Staates nicht, wie es durch das gleiche Wahlrecht geschieht, der Demokratie überantworten, die sich in der Vergangenheit nicht zur Führung geeignet erwiesen habe, und von der aus der Weg allzu leicht zur Demagogie führe. Stegermaß weiß diese Auffassung als unbegründet zurück, aber nicht mit Schlagworten, sondern mit ernstlichen Gründen.

Wir wollen aber auch nicht die Beherrschung der Massen durch eine kleine Schicht von oben. Das ist nicht, was das Recht haben zur Besetzung der leitenden Stellen, zumal sie nicht hat verhindern können, daß England fast die ganze Welt in diese Kriege gegen uns zusammen gebracht hat. Das alte System hat nicht bloß einen Schicksalshervorgebracht. Darum muß der alte preussische Staat aus Anlaß dieses Krieges eine Erneuerung erfahren. Es müssen ihm neue tragfähige Stützen eingesetzt werden. Das ist nur möglich durch das gleiche Wahlrecht. Die gleiche Forderung erhebt sich auch aus den Notwendigkeiten eines soliden wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbaues nach dem Kriege. Wir haben mindestens ein Jahrzehnt zu tun, um unser Gemeinwesen wieder in das Gleichgewicht zu bringen. Andererseits ist eine nie gekannte Inanspruchnahme nach dem Kriege zu erwarten, die sich u. a. ergibt aus der Vernichtung vieler Mittelstandsgewerke, aus dem Fehlen des Ernährers für Hunderttausende von Frauen und dem Vorhandensein ungezählter Kriegsinvaliden, aus der Zurücklassung von Millionen Kranken und Kriegsbeschädigten durch den Krieg. Da können wir es nicht vertragen, daß breite Schichten in grundsätzlicher Opposition zu dem Staate stehen, daß große Parteien beständig neben dem Staate herlaufen. Die Mitarbeit aller Schichten tut not. Die schärfste Pluralwahlrecht. Das Ziel ist nur erreichbar durch einen großen Wurf. Erst dann, durch die eigene Teilnahme an der staatlichen Entscheidung, können die Massen zur Erkenntnis, daß letzter Endes auch die Macht des Staates ihre Grenzen hat.

Die preussische Wahlrechtsfrage ist keine bloß innerpreussische Angelegenheit. Dafür sind die jetzigen Ereignisse zu groß; sie müssen auf welthistorischem Hintergrunde gewertet werden. Vor unserm Blicke stehen die Geschehnisse in Ungarn, die Erweiterung des Wahlrechtes in England und ein ähnlicher Kampf wie in Preußen und in Ungarn, die große Ungewißheit über das, was über Italien und Frankreich herzu brechen wird. Da ist für uns die entscheidende Frage: Wie festigen, wie stützen und schützen wir unser Staatsgebäude, auf daß es nach dieser Weltkatastrophe wieder möglichst kräftig da stehe? Das ist mit gekünstelten Wahlrechtskonstruktionen nicht erreichbar. Die Krone war gut beraten, als sie in der Osterhoffnung die Verbindungsbrücke vom Volkstafertum zur Arbeiterkraft gesucht hat. Das rechnen die christlich-nationalen Arbeiter der Krone hoch an. Sie sind Monarchisten aus Bejüngung: für sie ist die Monarchie ein Stück Weltanschauung. Sie sind aber auch Monarchisten aus Zweckmäßigkeitsgründen: Deutschland als das Reich der Mitte erfordert eine starke Staatsgewalt. Diese ist am sichersten geborgen in der Monarchie. Notwendig ist diese aber auch, weil unser Reich kein Einheitsstaat ist, was uns bisher gewöhnlich zum Hebel ausgeschlagen ist. Schließlich läßt auch die konfessionelle Zersplitterung unseres Volkes die Leitung unserer staatlichen Geschicke durch eine erbliche Monarchie als unabweisbar erscheinen. Und das gleiche gilt aus Gründen der dem deutschen Wesen anhaftenden politischen Zerrissenheit. Daher erkennen wir geradezu, daß Monarchie und breite Volksschichten sich jetzt gegenseitig finden. Die Grundlagen sind in der Osterhoffnung gelegt. Darum verlangen wir mit allem Nachdruck, daß das preussische Abgeordnetenhaus die ungeknüpfte Verbindung nicht wieder in verhängnisvollster Weise zerreißt.

Nun aber sehen manche in dem gleichen Wahlrecht die Auslieferung des Staates an die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat in der Tat, trotzdem wir wieder

England und Frankreich im Schraubstock stehen, in der Vergangenheit die Mittel zur Verteidigung des Staates abgelehnt. In der Zukunft jedoch kann und wird die Sozialdemokratie nicht bleiben, was sie früher war. Nicht bloß aus allgemeinen vaterländischen Erwägungen, sondern auch aus Gründen der Selbstverteidigung. Uebrigens war sie schon vor dem Kriege nicht mehr, als was sie ehemals gewesen: man fand sich in der Gasse. Die Stärke der Sozialdemokratie wurde geradezu ihre Schwäche. Im Kriege ist es nicht einzusehen, was die Masse der Sozialdemokratie in die Arme treiben sollte, wenn einmal die übrigen Parteien verstärkt Verständnis für die Bedürfnisse des Volkes zeigen. Die Sozialdemokratie ist nur so stark geworden, weil neben den sozialen Missständen man ihr die politische Regierbarkeit im Staate verweigert hat. Sie wurde immer wieder zur Wächterin gestempelt. Und gerade das ist heute das beste Propagandamittel. Wenn die christlich-sozialistische Arbeiterbewegung erstarkt, wenn die intellektuellen Schichten sich mehr um die Arbeiterchaft kümmern, wenn die politischen Parteien dristlicher werden, und sich gegenseitig unterstützen und nicht im Staate- und Volksebene gönnen, wenn sie ihre Organisationen besser ausbauen — was soll dann die breite Schichten unter allen Umständen zur Sozialdemokratie treiben? Von derselben Stunde an, wo die letztere praktisch im Staate mitarbeiten muß, wird ein großer Teil ihrer bisherigen Zugkraft verloren sein.

Das preussische Volk ist reich für das gleiche Wahlrecht. Wir haben seit langem die allgemeine Volkswahl, die allgemeine Beteiligbarkeit, eine umfangreiche Selbstverwaltung, das allgemeine gleiche Wahlrecht zum Reichstag, die Arbeiterchaft übt das allgemeine gleiche Wahlrecht zu den Landesparlamenten und Verwaltungsorganen aus, sie ist beteiligt an der Verwirklichung der Sozialversicherung und der Gewerbeaufsicht, die Konsumgenossenschaften haben größere Jahresumsätze als die meisten Bundesstaaten, wir haben in den deutschen Gewerkschaften mehr Mitglieder, als mancher Bundesstaat Einwohner — wie will man es verantworten, diesem Volke das gleiche Wahlrecht vorzuenthalten, zumal da der Ausgang des Weltkrieges auf den Leistungen des Volkheeres beruht.

Die Stunde heißt ein angemessenes Verhältnis zwischen Staat und breiten Volksschichten. Seither fanden sie sich fremd, wenn nicht feindselig gegenüber. Der Kampfesgeist im Staatsleben hat sich auf das kirchliche Leben übertragen und umgekehrt. Wir haben ein Herrenmenschenamt groß geschätzt. Die Leistungen unserer sozialen Kulturarbeit sollen gewiß nicht verkannt werden; wir haben aber vergessen, daneben auch Gemüts- und Menschheitskultur zu treiben. Nach dem Kriege wollen wir nicht wieder ein in Klassen und Kasten gehaltenes Volk. Wir wollen ein besseres Verhältnis zwischen Staatsleitung und Bürgern, wie wir es in den Gewerkschaften kennen. Dort geschieht der größte Teil der Massenarbeit freiwillig und so ist großes geschaffen worden. Ueberdies viel Größeres aber bedeutet der Staat für den einzelnen Bürger. Ihm verbauden die Massen die Voraussetzungen für ihr Leben. Gelingt es nicht, fest ein angemessenes Verhältnis zwischen Staat und Volk zu schaffen, dann müßte man geradezu verzweifeln. Mit Klassen- und Kastenwahlrecht aber ist das Ziel nicht erreichbar.

Es trägt sich Schlag auf Schlag ein durchschlagender Brand für das gleiche Wahlrecht an den anderen an. Was wollen die Gegner dagegen anführen? Etwa, daß die eine oder andere Partei dabei verliert? Sie sollen alle, wie Stegerwald merkt, für das Volk arbeiten; dann geht ihr Einfluß nicht nur zurück, sondern erwächst von selbst.

Der Redner ging dann kurz auf zwei Streitfragen ein, die das rheinisch-westfälische Industriegebiet besonders betreffen. Einmal auf die Frage der Verhältniswahl für Großstädte und Industriestädte. Er forderte nachdrücklich die Verhältniswahl in den Bezirken, wo mehrere Parteien eine gleich stark einander gegenüberstehen, um aus den städtischen politischen Unreinlichkeiten herauszukommen. Die christlich-sozialistische Arbeiterbewegung lehnt es auf die Weite hin, sich ständig durch die ständigen Sitzungsänderungen zu lassen. Ferner ging er auf die Verhältnismäßigkeiten zwischen den großen Parteien des Reichstages Abgeordnetenhauses ein und begründete sie. Soweit sie sich im Rahmen des gleichen Wahlrechts bewegen. Gegen eine Geschäftsverteilung im Reichstag als Preis der Verhinderung der Wiederholung des größten Entschiedenheit. Sogar die letzten Beschlüsse des Abgeordnetenhauses stellen eine Verhinderung der Arbeiterchaft dar. Der kleine Wähler mußte, sei es durch wirtschaftliche Gründe gezwungen, seinen Krieges willen umgestellt werden muß, wenn der Landkrieg beendet und ein unpaßender Seehrieg zu führen ist, wodurch oftmals die Art der Beschäftigung auf lange Zeit veränderlich geändert werden würde? Da würde es ein himmelstühnendes Unrecht gegen die in Betracht kommenden Volksschichten sein, wenn eine Geschäftsverteilung eingeführt würde.

Von wichtiger Wirkung waren die Schlagworte Stegerwalds: Keine Sester jagen, nur die Arbeiter führt her. Das gleiche Wahlrecht. Die Massen selbst hätten kein Interesse daran. Wir haben diese große Bewegung heraufgebesen, um vor dem 5. Juni, wenn das Abgeordnetenhaus seine entscheidenden Beratungen ansetzt, und einmal die großen Zusammenhänge zu zeigen in der Frage, die für unsere berufliche Zukunft und Volksentwicklung zur Entscheidung steht. Wir wollen erstens die Arbeiterchaft sein, wenn wir in jeder Zeit unsere Mitglieder nicht begreifen können, was uns unsere Mitglieder 20 Jahre lang als ihre Verbündeten gehalten, dann liegt darin für uns die erste Verpflichtung, weiter zu gehen, wie das die Mitglieder tun können, wie im letzten Schluß aber vor der nächsten durch jenen Schluß das eine Zeit und Gelegenheiten haben. Unsere Aufgabe ist es, in den nächsten Tagen und Wochen mit allem Nachdruck zu arbeiten und zu verben, mit allem Nachdruck zu kämpfen für das allgemeine gleiche Wahlrecht in Preußen!

Arbeitszeit und Arbeitsleistung

Der den Deutschen, die überlangen Arbeitszeiten im Groß- und Kleingewerbe zu bekämpfen, hat der christliche Reichstagsabgeordnete erst kürzlich ausgesprochen, daß eine lange Arbeitszeit das Bestreben von Arbeitgebern und Arbeitnehmern nach Erhaltung der Arbeitskraft mit vermehrter Arbeitsleistung und mit vermehrter Ausnutzung der Arbeitskraft, das Ziel war im allgemeinen Arbeitsverhältnisse sowohl die Qualität als die Menge der geleisteten Arbeit nachteilig beeinflußt. In anderen Ländern haben auch die Arbeiter das lange

erkannt und es ist gerade kein erhebender Zustand, daß die leistungsfähigste und kapitalträchtigste Industrie des Großgewerbes immer an dem veralteten Grundsatz des langen Arbeitszeiten festhält. Da ist es von Interesse, Erfahrungen lernen zu lernen, die man während des Krieges in England gemacht hat. Wir berufen uns nicht gern auf englische Vorbilder, zumal Deutschland in der sozialen Gesetzgebung zum mindesten mit England auf gleicher Stufe steht und in vielen Dingen England überholt hat. Aber die Erfahrungen, von denen im nachstehenden die Rede sein soll, könnten Veranlassung sein, auch bei uns in Deutschland das Studium der Frage, in welcher Wechselwirkung Arbeitszeit und Arbeitsleistung steht, auch während des Krieges nicht ruhen zu lassen.

Die englische Regierung hat einen Professor der Universität Bristol namens Stanley Kent damit beauftragt, Untersuchungen anzustellen über Ermüdungserscheinungen bei Arbeitern in den industriellen Betrieben. Kent hat diese Untersuchungen in dem Zeitraum von 2 Jahren durchgeführt und gibt einen vorläufigen Bericht über das Ergebnis aus 2 Fabriken, von denen eine Werkstoff für das Heer herstellte und etwa 2000 Arbeiter beschäftigte und eine andere, die Kriegsmaterial erzeugte und etwa 600 Männer und Frauen beschäftigte.

Professor Kent stellt als Ergebnis fest, daß eine Vermehrung der Arbeitszeit die Erzeugungsmenge nicht vergrößert, sondern in Wirklichkeit vermindert. Ein Kürzen des 12 stündigen Arbeitstages um 1,5 h. hatte eine tatsächliche absolute Steigerung der Erzeugung um mehr als 3 h. S. zur Folge. Ein weiteres Kürzen von einer 10 stündigen auf eine 8 stündige tägliche Tätigkeit ergab eine Leistungszunahme von 12,4 h. S. in der gewöhnlichen Zeit. Wo Maschinen zweckmäßigertweise ununterbrochen laufen mußten, erwies es sich richtiger, frühe Schichten einzulegen. Professor Kent bezeichnet die industrielle Ueberanstrengung als einen verminderten Wirkungsgrad des menschlichen Organismus nach der Arbeit, dessen Ursache teilweise in der Arbeit begründet liegt. Die Ermüdung wird einmal durch die Schwere und dann durch die Dauer der Arbeitsleistung beeinflusst. Die Untersuchungen bei den einzelnen Arbeitern sind stets vorgenommen worden vor und nach der Schichtzeit, und ihre Ergebnisse behandelt Professor Kent nach Mitteilungen der „Technischen Rundschau“ nach drei Gesichtspunkten: die industrielle Ueberanstrengung als Folge von Ueberstunden, Einfluß von Uebermüdung und Ueberstunden auf die Erzeugung und Einwirkung der Ernährung auf die Leistung.



Kollegen! Kolleginnen!

Betätigt euch in der Agitation!

Zur eure Pflicht!



Der erste Punkt zeigt es sich, daß die tatsächliche Abnahme der Leistungsfähigkeit bei Ueberstunden diese von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus verwertlich erscheinen läßt. Auch zurückgelegte Erholungsstunden sind zwecklos, da die kurze Zeit nicht hinreicht, die durch Ueberanstrengung hervorgerufene Ermüdung zu beseitigen. Bei Nachschichten zeigte sich gegenüber den Tagsschichten ebenfalls eine gesteigerte Ermüdung, die einmal auf die verminderte Möglichkeit, bei Tage die Ruhe nachzuholen, und zum anderen auf die menschliche Körperbeschaffenheit überhaupt zurückzuführen sein mag. Die Fähigkeit, sich zu erholen, ist stark abhängig von dem persönlichen Gesundheits- und Ernährungszustand. Am Ende des Tages und am Ende der Woche ist die vollständige Erholung erforderlich; und eine verlängerte Arbeitszeit durch Wegnahme von Ruhepausen, eine verlängerte Tagesarbeitszeit durch Einschleusen von Ueberstunden, eine verlängerte Arbeitswoche durch Beschleunigen des Arbeitstages wird eine verminderte Ueberanstrengung und eine verminderte Möglichkeit, diese Ueberanstrengung zu beseitigen nach sich ziehen zu können, mit sich bringen.

Die Menge der Erzeugung hängt, abgesehen von den sonstigen Bedingungen, von der Gesundheit, Geschäftlichkeit, der guten Ernährung und der Vermeidung von Ueberanstrengungen beim Arbeiter ab. Am frühen Morgen und bei Ueberstunden ist die Arbeitsleistung am geringsten; die Stunden gegen Mittag bringen das beste Ergebnis, das aber bei Arbeitern, die Ueberstunden machen, geringer ist, als bei den anderen. Diese Kinderleistung wurde oft als so beträchtlich festgestellt, daß die gesamte Tagesleistung bei diesen Arbeitern häufig geringer ist, als wenn sie ohne Ueberstunden arbeiten. Ueberstunden beeinträchtigen also die eigene Erzeugung. Auch ständige Ermüdungen beeinflussen die Leistung: so ist oft die Erzeugung am Sonntag trotz der zunehmenden Uebermüdung günstiger infolge der Aussicht auf den kommenden Ruhetag. Beide Versuche ergab sich, daß die geleistete Arbeit eines Arbeiters bei 8 stündigen Arbeitstagen größer war, als wenn er zwölf Stunden täglich arbeitete. Die vermehrte Arbeitszeit machte also den Leistungsertrag reichlich bezahlt. Eine Arbeiterin von 8 Arbeitern erholte ihre Tages-Durchschnittsleistung von 262 Stk auf 276 infolge Kürzens der täglichen Arbeitszeit um 12 auf 10 Stunden und brachte bei nur 8 stündiger Zeit 316 Stk heraus.

Es zeigt sich also hier, was wir oft gesagt haben, daß Arbeitsvermehrung nicht selten eine Arbeitsverminderung zur Folge hat. Selbst wenn man die Resultate von Prof. Kent als zu optimistisch betrachtet, so sind sie immerhin doch sehr beachtenswert. Gerade, was Prof. Kent über die Ernährung sagt, die nach seiner Ansicht bei der Arbeitsleistung eine große Rolle spielt. Er stellt nämlich fest, daß viele Arbeiter unterernährt sind und weist darauf die Aufmerksamkeit der Arbeitgeber auf, die keine zureichende Zusammenfassung und Zubereitung der Nahrung zulassen. Bei der Untersuchung wurde festgestellt, daß vielfach von den Arbeitern Kartoffeln, die in schlechtem Zeit oder Del zubereitet waren, ohne sonstige Gemütsbeigabe gegessen wurden. Eine derartige Beschäftigung mit schlechtem und ungesunden Nahrungszustand beeinflusst, bezweifelt ist, daß also auch in England im Jahre 1917 die Ernährungsbedingungen der Arbeiter zu wünschen übrig liegen. Die deutschen Arbeiter müssen bei erschwerter Lebenshaltung sich mehr hüten, die in Stundenzeiten zu leisten

sie auch willig und gern. Um so weniger darf man die aus Arbeiterkreisen kommenden Beschwerden über Ernährungsfragen leicht nehmen.

Eins soll aber an dieser Stelle nicht unausgesprochen bleiben. Außer der Ernährung und der Arbeitszeit kommt auch der Arbeitswille mit in Betracht. Ohne gewaltige Energieaufwendung würden unsere deutschen Arbeiter das nicht leisten können, was sie während des Krieges anerkanntermaßen geleistet haben und weiter zu leisten bereit sind. Der Gedanke, daß es um des Vaterlandes Wohl und Wehe geht, beherrscht sie alle und läßt sie die vielen Unzuträglichkeiten in der Ernährung und in der Arbeitszeit ertragen. Wir möchten deshalb am Schlusse folgendes anprechen: Die deutschen Arbeiter werden an Arbeitsenergie nicht erschöpfen, besonders dann nicht, wenn die maßgebenden verantwortlichen Stellen das ihrige tun, die Lebensmittelfrage ordnungsmäßig zu regeln. Es darf nicht verschwiegen werden, daß dies nicht selten auf Kosten der Gesundheit geschieht. Solche Dinge dürfen daher auch nicht in die Friedenszeit hineingezogen werden. Weiter wäre die Frage aufzuwerfen, ob nicht auch bei uns ähnliche Untersuchungen über die Kriegsarbeit anzustellen wären. Ueber das Ergebnis sind wir uns von vornherein im Klaren. Es wird nämlich zeigen, daß das System der langen Schichten und Ueberstunden in dem heutigen großen Umfang, welches auch weiblichen Arbeitern zugemutet wird, nicht gleichbedeutend ist mit Vermehrung der Produktion oder Verbesserung der Arbeitsergebnisse. Die Gewerbeinspektoren sollten dieser Frage ihr Interesse zuwenden. St.

Anmerkung der Redaktion: Aus den Feststellungen des oben genannten Prof. Kent geht nicht hervor, ob die Untersuchungen sich auch auf solche Arbeiter erstreckt, welche die durchgehende Arbeitszeit haben, d. h. ohne größere Pausen durcharbeiten. Da auch bei uns in Deutschland sich an manchen Stellen Bestrebungen geltend machen, welche die sogenannt englische, d. h. durchgehende Arbeitszeit einführen wollen, wäre es jedenfalls sehr wichtig, festzustellen, wie eine durchgehende Arbeitszeit auf die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Arbeiter einwirkt. Die Vorstellung, als wenn in England allgemein eine achtstündige, durchgehende Arbeitszeit üblich wäre, ist irrig, sie erstreckt sich zum größten Teil nur auf das Büropersonal.

Der Arbeiterschutz in Preußen

Die Anspannung aller Kräfte, dabein und draußen im Felde zur Abwehr der übermächtigen Feinde ist ein Gebot der Notwendigkeit. Unter dem Druck derselben sind die unter harten Kämpfen nach und nach zustande gekommenen Arbeiterschutzgesetze mehr oder weniger in die Ecke gestellt und teils mit Zustimmung teils ohne Zustimmung der Behörden stillschweigend außer Kraft getreten. Unter den gewerblich industriellen Anstrengungen, wie unter den Ernährungsschwierigkeiten leidet namentlich die Arbeiterjugend. Sie wieder besser zu schützen, dafür sprechen nicht nur Gründe der Menschlichkeit, sondern insbesondere auch solche der Staatserhaltung und der Beschäftigung der breiten Volksschichten.

Von diesem Standpunkte aus haben vor rund 100 Jahren schon die Könige und Staatsmänner Preußens den Arbeiterschutz in Angriff genommen. Der preussische Kultusminister von Altenstein, der im Staate die Verwirklichung der sittlichen Idee erblickte, erhielt seinerzeit Bericht aus Düsseldorf, daß dort eine Anzahl von Kindern vom 6. Jahre an, in Textillabriken zur Tag- und Nachtarbeit bei einem Lohn von 2-3 Silbergroschen beschäftigt würden. Altenstein war entsetzt über diese Meldung und erklärte: Der Eigennuß der Fabrikanten macht sich großer Unkenntnis auf das menschenglück schuldig, indem er die zarte Jugend zu anstrengenden Arbeiten mißbraucht... Die Menschlichkeit ist auf jeden Fall noch wichtiger und den Staat erprießlicher, als selbst die Erhöhung der Industrie und des äußeren Wohlstandes, die aus dazu durch jene gesichert werden kann.

Sein Kollege, der preuß. Minister des Innern von Schudmann, ein maßgebender Doktrinär war anderer Meinung und lehnte ein staatliches Einschreiten gegen die Mißstände ab. Nachdem aber König Friedrich Wilhelm III. erfahren hatte, daß die Fabrikgegenden zum Erfay der Armee nicht die auf sie treffenden Soldaten stellen konnten, erließ der König unterm 12. Mai 1828 eine Kabinettsorder, die Altenstein beauftragte, um die gesetzliche Einschränkung der Kinderarbeit in den Fabriken zu betreiben. Der Minister von Schudmann wußte diese Bestrebungen jedoch zu vereiteln. Die Wirtschaft sollte sich „frei“ entwickeln können, das war die Ansicht dieses Ministers, er behielt recht. Die Bürokratie hatte sich damals mächtiger erwiesen, denn Preußens absoluter König.

Schließlich kam doch im Jahre 1839 ein Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken zustande. Das Verbot der Kinderarbeit unter 9 Jahren wurde ausgesprochen. Kinder durften darnach in Bergwerken und Fabriken nicht beschäftigt werden. Eine zehnstündige Arbeitszeit für die jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren wurde vorgeschrieben. Das gesetzliche Regulativ enthielt weiter Bestimmungen über den Schutz der Arbeiter gegen Gesundheitsgefahren. Es war jedoch nicht geeignet, auch nur die schwersten Mißstände aus der Welt zu schaffen.

Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde dem preussischen Minister des Innern vom Ministerpräsidenten Bismarck angetragen, Staatshilfe für soziale Hilfszwecke in die Wege zu leiten. Graf Bismarck, ein konservertärer Mann Geistesart, erklärte aber: Es sei ein Wahn zu glauben, der Staat könne durch irgend welche gesetzliche Bestimmungen den sozialen Arm und Reich aufheben. So kam es, daß die preussischen Arbeiterschutzgesetze fast unberührt und ohne Verbesserungen in die Gewerbeordnung von 1869 übernommen wurden.

Der Gedanke des staatlichen Arbeiterschutzes wurde erst im Reichstag stark gefördert und vertreten. Bismarck ging nicht ohne weiteres darauf ein. Prof. Dr. S. Eiser sagt in seinem Buch darüber folgendes: Bismarck war der Ansicht, daß der Arbeiterschutz den Gewinn des Fabrikanten zusehr herabdrücke und zugleich das Lohnniveau des Arbeiters herabsetze, ja dessen Beschäftigung in Frage stelle. Deshalb ärgerte er.

Die neue Epoche des Arbeiterschutzes datiert seit dem Februar-Erlaß Kaiser Wilhelm II. an den Reichstag und den preussischen Handelsminister. In der Thronrede vom

6. Mai 1890 sagte der Kaiser: Die vorgekommenen Ausstands-
bewegungen haben mir Anlaß gegeben, eine Prüfung der
Fragen herbeizuführen, ob unsere Gesetzgebung den innerhalb
der staatlichen Ordnung berechtigten und erfüllbaren Wünschen
der arbeitenden Bevölkerung in ausreichendem Maße Rech-
nung trägt. — Weiter wurden dabei angeschnitten die Fragen:
Die Sonntagsruhe, Frauen- und Kinderarbeit, Schutz der
Arbeiter gegen Gefahren, Arbeitsordnungen usw. Die Mehr-
heit des Reichstages hatte einen Reichsarbeiterausschuss seit
Jangem erstrebt. Die Novelle zur R.-G.-D. vom 1. Juli
1891, die unter anderem den 11 stündigen für Arbeiterinnen
und den sanitären Maximalarbeitstag brachte, fand deshalb
eine ziemlich glatte Erledigung. Das, was im Krlege an
Arbeiterbeschwerden abgedrückt ist, muß bald wieder aufgearbeitet
werden, wenn nicht die Volksgesundheit schweren Schäden
leidet soll.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im-
meraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 16. Juni, der
25. Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. Juni bis 22. Juni 1918
fällig.

Die Verwaltungsstelle Verdohl erhält die Genehmigung,
den Sozialzuschlag um 5 Pfm. 10 Pfg. zu erhöhen und zwar
für die Vollklassen 10 Pfg. und für jugendliche und weibl.
und Jugendklasse 5 Pfg.

Bekanntmachung betr. vollgestellte Mitgliedskarten.

Die für das erste Jahr der Mitgliedschaft ausgestellten
Mitgliedskarten sind — wenn alle 52 Felder vollgestellt —
gegen ein Mitgliedsbuch umzutauschen.

Die Ausstellung der Mitgliedsbücher erfolgt von den
Verwaltungsstellen selbst. Der Bedarf an Büchern ist recht-
zeitig von der Hauptverwaltung anzufordern.

Die Mitgliedsbücher sind nicht numeriert. Sie haben
nur den Bordrud N. hinter den dieselbe Nummer, die auf
der Mitgliedskarte steht, einzuschreiben ist. Die Mitglieder
besitzen also ihre bisherige Nr. und sind unter dieser
Nr. in der Mitgliederliste, bezw. Kartei weiter zu führen.

Auf der inneren Deckseite des Mitgliedsbuches — dem
Titelblatt gegenüber — sind in der dort eingedruckten Ver-
tragsbestimmung die in der Mitgliedskarte gestellten Ver-
tragsmarken usw. entsprechend zu bescheinigen. Die Beschei-
nigung ist nur gültig, wenn sie mit Unterschrift und Stempel
der Verwaltungsstelle versehen ist.

Die vollgestellten Mitgliedskarten sind als Beleg der er-
folgten Beitragsleistung regelmäßig, entweder bei größerer
Zahl mit den Erwerblosenmeldungen wöchentlich oder bei
kleineren Mengen monatlich mit der Zahlkarte und dem Frage-
bogen, an die Hauptverwaltung einzusenden. Bei der Ab-
rechnung am Vierteljahrschluß müssen alle bis dahin einge-
schickten Karten spätestens eingelangt sein. Für nicht einge-
schickte Karten wird die Beitragsleistung in Unterstützung-
fällen nicht anerkannt.

Für andere Zwecke als nur zum Umtausch der voll-
gestellten Mitgliedskarten dürfen die Mitgliedsbücher nicht
benutzt werden. Insbesondere werden die Uebertritte aus
anderen Verbänden, die aus der Jugendklasse, die Erfas-
sbücher usw., nach wie vor durch die Hauptverwaltung aus-
gestellt. Auch neuangewonnene Mitglieder dürfen für das
erste Jahr der Mitgliedschaft niemals ein Buch erhalten, son-
dern ihnen ist stets eine Mitgliedskarte auszustellen und diese
erst nach erfolgter Vollleistung in oben angegebener Weise
gegen ein Buch umzutauschen.

Krankent Unterstützung.

Die Mitglieder werden erneut darauf hingewiesen, daß
sie in allen Unterstützungsfällen sich sofort beim Vor-
stand der Verwaltungsstelle zu melden und ihr
Mitgliedsbuch abzugeben haben. Die Meldung hat
durch das Mitglied selbst, nicht durch den Ver-
trauensmann zu erfolgen. Die Karenzzeit wird nicht für
die zurückliegende Zeit, sondern nur vom Tag der Mel-
dung an gerechnet. Es liegt also im eigenen Interesse der
Mitglieder sich sofort zu melden, wenn sie rechtzeitig in
den Besitz der Unterstützung kommen wollen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Dinslaken und Osterfeld. Die Mitgliederversammlungen
die vor kurzem stattfanden, waren sehr gut besucht. In
Dinslaken berichtete Kollege Josten und in Osterfeld Kollege
Bläher über die Hauptversammlung in Duisburg. Es wurde
freudig begrüßt, daß der Verband wieder gute Fortschritte
zu verzeichnen hatte. Mit den Beschlüssen der Hauptver-
sammlung über Beitragserhöhung, Erhöhung der Kranken-
unterstützung und Lohnerhebungen erklärten sich die Ver-
bandsgruppen einverstanden und versprachen an der Durchführung
der gestellten Beschlüsse nach besten Kräften mitzuwirken. Den
Bertrag hatte Kollege Hentschler übernommen. Einleitend
sprach er über die Kriegelage. Soweit die militärische Kriegs-
lage in Frage kam, könne heute gesagt werden, daß Deutsch-
land das Spiel gewonnen habe. Es handele sich hier noch in
der Hauptsache darum, die Westfront zum Frieden und zur
Anerkennung unserer Bedingungen zu zwingen. Auf Kriegs-
wirtschaftlichen Gebieten seien noch größere Schwierigkeiten
zu überwinden. Bei Anspannung aller Kräfte dürfte es
aber auch hier möglich sein, über die Schwierigkeiten hinweg zu
kommen. In der Ernährungsfrage stehen noch zwei böse Mo-
nate bis zur neuen Ernte bevor. Allerdings müsse zugegeben
werden, daß die Verteilung der vorhandenen Lebensmittel in
diesem Jahre eine bessere gewesen sei, als wie im Jahre vorher.
Redner führte dieses auf die Mitarbeit der Arbeitervertreter
in den zuständigen Kommissionen zurück. Im kommenden
Jahre dürfe man aller Voraussicht nach auf wesentliche Er-
leichterungen in der Ernährungsweise hoffen. Dank des Frie-
dens im Osten stehen uns größere Versorgungsgebiete zur
Verfügung. Andererseits dürfe aber wohl kaum erwartet
werden, daß schon im kommenden Jahre eine Verbilligung
eintreten werde. Man dürfe also nicht auf eine weitere
Beteuerung hin. Man dürfe es daher der hiesigen Arbeiter-
schaft nicht verargen, wenn sie auch in nächster Zeit weitere
Sohnheitsgerungen anstrebt. Das Geschrei gewisser Kreise und
Stimmen über die hohen Verdienste der Arbeiter sei un-

gültig. Die hiesigen Verhältnisse angewandt, vollkommen unbegründet. Red-
ner betonte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der
Beteiligung aller Mitglieder an der beschlossenen Lohnum-
frage, damit umfangreiches Material zusammen komme. Hier-
auf wurden die inneren Reformen und unsere zukünftigen
Aufgaben besprochen und gezeigt, wie unsere Mitglieder diese
im Interesse aller Bestrebungen fördern können. In
erster Linie gelte es, neue Streiter, Mitglieder für den Ver-
band zu werben. Die Stärke des Verbandes sei in erster
Linie mit ausschlaggebend. In diesem Sinne wurden die Ver-
sammlungen zur eifrigen Mitarbeit bei der beschlossenen Haus-
agitation angefordert. Der Vortrag fand in beiden Ver-
sammlungen reichem Beifall und es folgte eine rege Aus-
sprache. In Osterfeld berichtete Kollege Bläher noch über
seine Tätigkeit im städtischen Hilfsausschuß. In Dinslaken
machte Kollege Kirchhoff Vorschläge für die in den nächsten
Wochen zu betreibende Agitation. Die Kollegen versprachen
mitzuhelfen. Es wurden noch eine Anzahl Wünsche aus dem
Kreis der Arbeiter mitgebracht. In Osterfeld beschäftigte man
sich außerdem noch mit der Gründung einer Zahlstelle der
Dinslaken-Krankenkassenklasse innerhalb unseres Ver-
bandes. Beide Verammlungen haben einen sehr schönen und
anregenden Verlauf genommen und werden hoffentlich dazu
beitragen, daß es weiter vorwärts geht.

Leudringen, (Kreis Herford). Das verfloffene Jahr war
ein Jahr rastloser Tätigkeit für die gute Sache unseres Chris-
tlichen Metallarbeiterverbandes. Wir dürfen uns rühmen, vom
1. April 1917 ab, wo unsere Sektion neu fundiert wurde, bis
zum 1. April 1918 große Erfolge errungen zu haben. Ziel
ist erreicht und dennoch muß noch manches nachgeholt werden.
Auch wir möchten unsere Mitglieder auf den Par. 6, Abs. 1
und 2 unseres Statuts verweisen, worin es heißt: „Jedes
Mitglied ist verpflichtet, für die Ausbreitung des Verbandes
eifrig mitzuwirken und denselben neue Mitglieder zuzuführen,
sowie den Anordnungen des Vorstandes Folge zu leisten.“
Die Mitglieder sind gehalten, an den vom Verband resp.
Ortsgruppe arrangierten Versammlungen, Hausagitationen und
sonstigen Veranstaltungen regelmäßig teilzunehmen, nur Krank-
heit und Abwesenheit vom Orte kann hier von entschuldigen.“

Was unserer Sektion Not tut, ist eine noch größere
Zahl eifrig tätiger Mitglieder. Jeder Kollege muß auf seinem
Posten sein, wenn es heißt, den Verband zu stärken, ein ge-
werkschaftliche Erfolge herbeizuführen. Unter keinen Umstän-
den darf diese Arbeit lediglich den Vorstandsmitgliedern und
Vertrauensleuten überlassen bleiben. Beim Lesen dieser Zeilen
muß sich jedes Mitglied unserer Sektion die Frage vorlegen:
Was habe ich im verfloffenen Jahre für die Stärkung des
Verbandes getan? Mancher Kollege und manche Kollegin wird
sich da bestimt sagen müssen: mit der Bezahlung der Bei-
träge, einem gelegentlichen Besuch der Versammlungen, habe
ich meine gewerkschaftlichen Pflichten erfüllt geglaubt und die
Reuegenossen überlassen! Zur Stärkung unseres Verbandes
habe ich nichts getan. Soll das so bleiben? . . .

Allen Kollegen und Kolleginnen, die tatkräftig ihre Pflicht
erfüllt haben, die nimmer ruhen, wenn es geht, unseren Ver-
band zu stärken, werden nachsehende Erfolge unserer Sektion
ein Ansporn sein, auch in diesem Jahre mit neuem Mut und
erhöhter Kraft die Bewegung vorwärts zu bringen.

Vorwärts, ohne Ruh' und Raft:
Früh das Ziel ins Aug' gefast,
Mehr noch fest die Kräfte ein,
Unser muß die Zukunft sein!

Die Mitgliederbewegung vom 1. April 1917 zeigt uns
folgendes Bild: Mitgliederbestand am 1. April 1917: 28, am
1. April 1918: 218. Dieses schöne Resultat konnte natürlich
nur durch eifrige Arbeit, besonders durch Hausagitation er-
reicht werden. Sechsmal wurde Hausagitation veranstaltet.
Durchschnittlich beteiligten sich an ihr 8 Kollegen. Wir hatten
folgende Resultate zu buchen: beim 1. Rundgang 28, beim
2. 23, beim 3. 29, beim 4. 24, beim 5. 34, und beim 6. 37
Aufnahmen. Wie gesagt, das Ergebnis wäre noch bedeutend
besser gewesen, wenn anstatt 8, fünfmal soviel Kollegen sich
bereitigt hätten.

Mehr noch fest die Kräfte ein,
Unser muß die Zukunft sein!

Es fanden während dieser Zeit 12 Mitgliederversam-
mlungen und 10 Vorstandes- und Vertrauensmänneritzungen
statt, welche ebenfalls besser hätten besucht sein können. Zwei
Lohnbewegungen konnten geführt werden, welche der beteiligten
Arbeitserschaft ansehnliche Erfolge auf dem Gebiete der Ver-
besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen brachten. Das
Verhältnis zwischen Arbeitgeber (es kommt hauptsächlich die
Firma Eisengießerei Röhdinghausen in Frage) und Arbeit-
nehmern ist befriedigend. Im Bereiche unserer Sektion haben
wir ungefähr 100 Metallarbeiter und auch der letzte von
diesen muß am Ende des Jahres unserem Verbands ange-
hören. Denn:

Wir wollen sein, ein einzig Volk von Brüdern,
In keiner Not uns trennen und Gefahr!

Allen unseren Mitgliedern gilt das Wort: Auf zur
weiteren Mitarbeit für unseren christlichen Metallarbeiter-
verband!

Schwelm. Während der Kriegszeit war die Arbeiterschaft
der märkischen Kleinindustrie nicht untätig um ihre Lohn-
verhältnisse zu verbessern. Leider läßt sich das aber von
einem großen Teil der hiesigen Arbeiter nicht behaupten.
Zwar macht sich die Denerung in Schwelm genau so bemerkbar,
wie anderwärts und häufig genug hört man auch sagen: „es
kann so nicht weiter gehen“. Indes den wenigsten Arbeitern
ist es bisher eingefallen mal tatkräftig zuzugreifen, durch
bereuhtes Zusammenhalten ihre wirtschaftliche Lage zu ver-
bessern. Wir brauchen hier nur mal auf die Verhältnisse in
den Schrauben- und Mutterfabriken hinzuweisen. Die
Stundenlöhne für erwachsene Arbeiter von 45 Pfg. sind durch-
aus nicht unbekannt. Dazu kommen dann noch die sogenannten
Prämien, deren Höhe wohl Geheimnis der Firma selbst ist
und eine besondere Teuerungszulage, die bei Gerdes u. Co.
30 Prozent beträgt, bei Falkenroth u. Kleine aber unter-
schiedlich gezahlt wird: zwischen 25—50 Mark 14 tägig. Trotz
dieser Zulagen können die Arbeiter keine Verdienste auf-
weisen, die anderwärts sind, um die kuren Lebensmittel, Ar-
beitskleidung, geheizten Wohnquartieren und dergl. zahlen
zu können. Die Arbeiter der Gießerei G. Schubels
waren genung, den Lohnauszuschuß anzugeben, da

die Firma nicht zu bewegen war, die verlangten Zulagen zu
gewähren. Monatelang haben sich die Verhandlungen hinge-
zogen. Jetzt werden für Maschinenformer 45, für Hand-
former 40 Prozent Aufschlag, für Hilfsarbeiter ganz
50 Pfg. Zulage pro Tag gewährt. Bestere kommen trotz-
dem noch nicht einmal an 80 Pfg. Stundenlohn. Das er-
angeht die ungenügenden Entlohnung manche Arbeiter ver-
suchen, anderwärts Arbeit zu bekommen, ist verständlich. Doch
regelmäßig wird ihnen dann aber der Absehrsein ver-
weigert. Zweifellos hätten die betreffenden Werke alle Ursache,
die Lohnverhältnisse so zu gestalten, daß die Arbeiter damit
auskommen könnten. Die Verdienste der Firmen ermöglichen
es auf alle Fälle. Die während der Kriegszeit erfolgten
Grundstücksankäufe der eben schon genannten Firmen, wie
auch des Schwelmer Eisenwerks, der Firma Kaffenbeul usw.
zeigen doch, daß die Gewinne sicherlich nicht gering sind.
Die Arbeiterschaft selbst hat aber auch alle Ursache, energischer
auf Besserung der Löhne zu drängen. Mit dem Jammer und
Schimpfen ist es nicht getan. Was den Kollegen anderer
Firmen unseres Bezirkes möglich war, muß auch in Schwelm
möglich sein. Solange wie sich indes die Arbeiter auf dem
Standpunkt stellen, daß durch den Anschluß an den Verband
ihre „guten Löhnen“ gefährdet würde, oder aber auch er-
klären, sie könnten den geringen Beitrag zur Organisation nicht
zahlen, nun mögen sie sich auch nicht aufregen über
solche Löhne. Hier heißt es, endlich einmal den Geist der
Interessenlosigkeit von sich zu weisen. Die Schwelmer Ar-
beiterschaft hat es selbst in der Hand. Will sie in der Zukunft
ihre wirtschaftlichen Interessen besser und erfolgreicher ver-
treten sehen, dann heißt es auch den Verband zu stärken, dann
müssen nicht nur die Arbeiter, sondern auch die so zahlreich
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen den Anschluß an
unser Organisation vollziehen.

Danzig. Am Sonntag, den 5. Mai, fand im Saale des
Gewerbehause zu Danzig eine Konferenz der christlichen Ge-
werkschaften der östlichen Provinzen statt, welche von 105
Delegierten besucht war. Kollege Schönfels hob bei der Er-
öffnung den Zweck der Konferenz hervor: Belehrung und
Schulung der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften. Die
Zahl der Mitglieder beträgt zurzeit in Westpreußen 8000 von
denen 2356 zum Heeresdienste eingezogen sind. Den Geldentwurf
starben bereits 289 Mitglieder, jedoch dürfte die Zahl höher
sein, da nicht alle gefallenen Kollegen gemeldet wurden. Kollege
Krause behandelte in seinem Vortrag das Thema: „Der Kampf
der christlichen Gewerkschaften um Verbesserung der
Lohn- und Arbeitsbedingungen.“ Redner schilderte eingehend
die Erfolge, welche durch die christlichen Gewerkschaften erzielt
seien. Auch im Osten Deutschlands kann die Arbeiterschaft
die Erfolge der Organisation erkennen. Die Stärkung der
christlichen Gewerkschaften sei daher auch für die Zukunft
dringend notwendig und jeder Kollege müsse hierzu beitragen.

Den zweiten Vortrag hielt Kollege Schönfels (Königsberg)
über „Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zur Konsum-
genossenschaftsbewegung.“ Zu diesem Vortrag wurde folgende
Entscheidung eingebracht und einstimmig angenommen. Die
am 5. Mai 1918 in Danzig tagende christliche Gewerkschafts-
konferenz erkennt nach einem einleitenden Vortrag und bei
sich anschließender Aussprache an, daß neben der gewerk-
schaftlichen auch die genossenschaftliche Selbsthilfe in den Kon-
sumvereinen gepflegt werden muß. Die Teilnehmer der Kon-
ferenz verpflichten sich, mit allen ihr zu Gebote stehendem
gesetzlichen Mitteln für die Ausbreitung und Festigung der
Konsumvereine in den östlichen Provinzen zu wirken. Christ-
liche Gewerkschaften und Konsumvereine sollen sich gegenseitig
unterstützen, um so dauernd eine Verbesserung der wirtschaft-
lichen Lage der arbeitenden Klassen zu erzielen.

Kollege Gailowski (Danzig) behandelte das Thema: „Wie
gewinnen wir die Frauen und Jugendlichen für unsere Be-
wegung?“ Einleitend gedachte der Redner der veränderten
Lage der heutigen Zeit gegenüber der Zeit vor dem Kriege.
Dort, wo sonst Männer ständen auf der Arbeitsstelle, stehen
jetzt Frauen und Mädchen. In Danzig sind 6000 Arbeiterinnen
in den Fabriken tätig. In Bromberg sind es 3000, Marienburg
2000, Graudenz 1000, Thorn 1000, Schneidemühl 3000. In
all diesen Orten gab es bis vor 2 Jahren noch fast keine Fabrik-
arbeiterinnen. Die christlichen Gewerkschaften im Osten sind
vor neue Aufgaben gestellt. Diese Aufgaben zu lösen zum
Vorteil der Arbeiterinnen, ist des Schwelmer der Arbeit wert.
Hier gilt es zuerst, die Gemüths der Agitation zu besorgen
dann mit aller Anstrengung für die Hebung der Verhältnisse
der Arbeiterinnen zu sorgen. Redner sprach dann die Ein-
gaben für die Arbeiterinnen und auch die Erfolge, die die
Arbeiterinnen durch den Verband bereits errungen haben.
Gleichzeitig wies der Redner darauf hin, daß die organisierte
Frau auch zur Mitarbeit im Vorstand, als Vertrauensmann
usw. als Mitarbeiterin herangezogen werden müsse. Unsere
Forderung lautet Gleichberechtigung der Frau auf der Ar-
beitsstelle, mithin auch Gleichberechtigung als Mitglied in der
der Organisation. Um die Mitarbeit der Frau im Verbands
zu ermöglichen, bedarf es der Schulung. Hier muß durch Unter-
richtsabend die Schulung der Frau auf gewerkschaftlichem
Gebiete erfolgen.

Für die Schulung der Jugend für die christliche Ge-
werkschaft muß stärker gearbeitet werden in allen Orten.
Gewiß haben schon einige Ortsgruppen eine starke Jugend-
abteilung. Viele Ortsgruppen aber haben in dieser Hinsicht nur
wenig getan. Jugendarbeit ist Erziehungsarbeit, dieser Sach-
bleibt bei Schulung neuer Mitglieder für die Jugendarbei-
lung erstes Prinzip. Auf der Arbeitsstelle muß der junge
Kollege gewonnen werden. Daher mehr Schutz der Jugend auf
der Arbeitsstelle. Unsere Kollegen mögen sich noch mehr der
Jugend annehmen, die doch den Nachwuchs des Verbandes
bildet. Auch hier konnte Kollege Gailowski nachweisen, wie
besonders in Danzig der christliche Metallarbeiterverband für
die jugendlichen Kollegen gearbeitet hat. Die vielen Eingaben
zwecks besserer Behandlung der Lehrlinge auf der Arbeitsstelle,
Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes oder Ge-
währung der Teuerungszulagen usw. geben Zeugnis, wie der
christliche Metallarbeiterverband für die Mitglieder der Jugend-
abteilung in Danzig tätig war. Besonders wurden diese Eingaben
an die Firma Gebr. Pöpying und die Firma J. W. Klawitter
gemacht. Für die Lehrlinge bei diesen beiden Firmen in Danzig
wurde zweimal die Gewerbeinspektion angerufen werden, um
Wahntanz zu besorgen. Die Lehrlingszählerei muß beseitigt
werden. Bei der Firma G. kommen auf 78 Lehrlinge nur
sieben Gehilfen. Was soll der Lehrling dort lernen? Sollen
wir also praktische Jugendarbeit leisten, dann müssen wir
für den jugendlichen Arbeiter auf der Arbeitsstelle einwirken.

Zum Schluß verlangte Koll. Gaiswinkl baldige Wiederführung und Ausbau der Schutzgesetze für die Arbeiterinnen und für die Jugendlichen.

Den vierten Vortrag hielt Arbeitersekretär Schimmer Dongj über das Thema: „Der Kampf der Arbeiter um die Gleichberechtigung im öffentlichen Leben.“ Eingehend schilderte der Vortragende den Einfluß der Arbeiterbewegung in der Gesetzgebung, welcher sich jedoch auf das Wenige, was bis jetzt erreicht ist, nicht beschränken dürfte. Um auf diesem Wege weiter fortzuschreiten, müsse die Arbeiterbewegung fortgesetzt ihre Kräfte zu stärken suchen. Nur eine mächtige Arbeiterbewegung erringt sich auch im öffentlichen Leben Anerkennung.

Mögen alle Delegierte das Gehörte in die Tat umsetzen und in ihren Kreisen für die Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften Sorge tragen.

Ortsverwaltung Essen, Jugendabteilung. Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse brachten es mit sich, daß in der Jugendbewegung eine vorübergehende Stodung eintrat. Nachdem aber heute durch die glänzende Entwicklung unseres Verbandes besonders während des letzten Kriegsjahres eine Anzahl neuer Mitglieder zur Verfügung stehen, war es auch für uns in Essen Ehrensache, unsere Jugendabteilung auszubauen und auf die alte Höhe zu bringen. Mit diesen Fragen beschäftigte sich erneut eine am 2. Juni in Essen-West bei Pottgießer stattgefundene, sehr gut besuchte Jugendversammlung. Besonders Interesse erweckte bei den jungen Kollegen die Abt. einen Unterrichtskursus abzuhalten. Die lebhafteste Aussprache führte zu dem Beschluß, unverzüglich mit der Abhaltung eines Unterrichtskurses zu beginnen. Dementsprechend wurde die Leitung der Jugendabteilung beauftragt, mit der Ortsverwaltung das Programm aufzustellen und Samstag, den 15. Juni mit dem Kursus zu beginnen. Es gilt jetzt für unsere jungen Kollegen, von dieser Gelegenheit, ihr Wissen zu bereichern, ausgiebig Gebrauch zu machen und regelmäßig an den Abenden teilzunehmen. Der Kursus soll an sechs aufeinander folgenden Samstagabenden abgehalten werden.

Weiter beschloß die Versammlung, von jetzt ab regelmäßig am 1. Sonntag im Monat eine Jugendversammlung abzuhalten. Schon heute kann auf die Wichtigkeit der Juli- und Augustversammlung hingewiesen werden, da in derselben ein instruktiver Vortrag über Elektrizität gehalten wird.

Auch die Liebe zur engeren Heimat soll gepflegt werden. Zwei Wanderungen, eine in die nähere und eine in die weitere Umgebung sollen im Laufe des Sommers veranstaltet werden. Der Verlauf der Versammlung und das Ergebnis, daß sich 88 der Anwesenden als Teilnehmer für den Unterrichtskursus meldeten, berechtigen zu der Hoffnung, daß unsere Jugendabteilung recht bald die ihr gebührende Beachtung aller jugendlichen Kollegen aus Metallarbeiterkreise findet.

Ravensburg. Zwischen der Maschinenfabrik A. Reizer, Ravensburg und ihrer Arbeiter, vertreten durch den Sekretär des christlichen Metallarbeiterverbandes Spindler. Um folgende Vereinbarung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse getroffen worden:

1. Einzellöhne werden bezahlt für gelehrte Arbeiter mit 21 Jahren 1 Mark, unter 21 Jahren 0,80 Mark, Hilfsarbeiter über 21 Jahren 0,75 Mark.
2. Akkordlohn: Im Akkord muß mindestens 30 Prozent über den Stundenlohn verdient werden; also per Stunde nicht unter 1,30 Mark, angelehrte Arbeiter nicht unter 1 Mark.
3. Nebenstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit wird mit 25 resp. 50 Prozent Zuschlag vergütet.
4. Zehlöhne: Die Zehlöhne erhalten folgende Stundenlöhne: und zwar im 1. Jahr 12 Pf., im 2. 21, im 3. 32 Pf. Für Akkordarbeit wird Zehlöhnen die Hälfte des vollen Akkordpreises bezahlt.
5. Urlaub: Den männlichen Arbeitern wird nach dem Stundenlohn bezahlter Urlaub gewährt und zwar: bei mindestens 5jähriger Dienstzeit 2 Tage, bei 8jähriger 3, bei 10jähriger 4, bei 12jähriger 5, bei 14- und mehrjähriger Dienstzeit 6 Tage.
6. Allgemeines: 1. Bestehende Verhältnisse dürfen keinerlei Verschlechterung erfahren. 2. Die Vereinbarung tritt mit dem 10. Mai 1918 beginnenden Lohnperiode in Kraft.

Ravensburg, den 3. Mai 1918.

Kollegen und Kolleginnen! Werbt für eure Organisation! Nur der organisierte Kollege bietet Gewähr, daß er wirklich im Vereine mit seinen Nebenkollegen besteht ist, Ertrugener zu haben, sowie schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Vereinigt sich jeder, vereinigt siegt jeder!

Breslau. Unsere hiesige Ortsgruppe befindet sich in erfreulicher Entwicklung. Besonders der Zugang jugendlicher Kollegen ist erheblich. Wir trafen erfolgreich mit den verschiedenen Jugendvereinsleitern in Verbindung. Unter den Jugendlichen haben wir in dem Kollegen E. einen ganz hervorragend tüchtigen Mitarbeiter gefunden. Wenn auch alle älteren Kollegen sich ihrer Verbindungsmitgliederschaft und Verbindungsmitgliederschaft Agitation und Teilnahme an gewerkschaftlichen Leben mehr bewußt waren, würden wir auch besseren Zuwachs in der Vollmitgliederschaft haben. Aber leider herrscht hier eine große Gleichgültigkeit. Das zeigte sich gelegentlich unserer letzten Versammlung, in welcher Kollege Müller aus Kattowitz einen sehr anregenden Vortrag hielt. Nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Kollegen war an der Versammlung erschienen. In Anbetracht der durchwegs ersparten Zeit in der wir leben, in der wir Jungen des gewaltigen Ringens sind, ist eine solche Gleichgültigkeit unverständlich. Wir hoffen, daß die Kollegen, die es angeht, in Zukunft ihrer Pflicht als organisierte Arbeiter in bester Weise Rechnung tragen.

Dillingen (Saar). Eine gutbesuchte Konferenz der Verbandmitglieder und Vertrauensleute fand am ersten Sonntag hier statt. Kollege, Sekretär E. Sonntag leitete die Konferenz. Der hiesige Kollege Vester, hielt einen sehr eindrucksvollen Vortrag über das Thema: „Ein Jahr christlicher Metallarbeiterverband im Dillingen Bezirk.“ Vester führte vorerst folgendes an:

Der Krieg stellt eine neue Zeit. Aus Blut, Elend und Tod ist ein neues Leben herbei. Von diesem neuen und herrlicheren Leben wird jeder Mensch auch der Arbeiter erlöst. Der Arbeiter hat so recht während des Krieges seine Ohnmacht und Hilflosigkeit gegenüber der gewaltigen Organisation, die

griffen. So auch im Saargebiet, von selbst, ohne besondere Einwirkung von außen kam der Organisationsgedanke. Der natürliche Trieb nach vorwärts, das Streben nach Selbständigkeit und Gleichberechtigung waren die Ursachen. Der Druck des sogenannten „saarabischen“ Systems ließ sich nicht mehr aufrecht erhalten. So war es auch im Kreise Saarlouis. Aus ihm heraus verlangten die Arbeiter nach gewerkschaftlichem Zusammenschluß. Die ersten Versammlungen vor einem Jahre, in denen sich Tausende als Mitglieder anmeldeten, bleiben in dauernd im Gedächtnis. Ohne Opfer und Kampf hat noch kein Stand seine Selbständigkeit und Gleichberechtigung durchgesetzt. Beispiele hierzu liefern uns die Geschichte der deutschen Bauern, Handwerker und Industrie. Wir Industriearbeiter sind ein neuer Stand der letzten sechzig Jahre. Vor 1860 hat uns die Gesetzgebung nicht gekannt. Unselbständig und bevormühdet wurden wir von anderen Ständen. Wir waren nicht gleichberechtigt nach dem Gesetz, auf der Arbeitsstelle, im Staate, im sozialen und politischen Leben. Daß die Arbeiter Selbständigkeit und Gleichberechtigung verlangt, ist ganz natürlich. Es ist ein Menschenrecht, auf das die Arbeiterbewegung Anspruch hat. Aber auch auf Grund der zahlenmäßigen Stärke, der hohen Leistungen, vor allem während des Krieges, hat die Arbeiterbewegung Anspruch auf Gleichberechtigung. Auch die Vorbedingungen sind da. Die allgemeine Schulbildung und die Fortbildungsschulen haben den Arbeiterstand geistig gehoben. Gegner der Bestrebungen der Arbeiterbewegung nach Selbständigkeit und Gleichberechtigung sind: Alle jene, für die finanzielle Interessen maßgebend sind, diejenigen, die ausgesprochene politische Zwecke verfolgen und die herrschenden Klassen. Die Mittel, die die Gegner anwenden, sind: 1. Gelbe Gewerkschaften, 2. Beschränkung in den gesetzlichen Rechten, 3. Unterbindung der Selbstkontrolle und schließlich auch noch die katholischen Fachabteilungen (Sitz Berlin), die mit den „Gelben“ für den Par. 153 der S.-D. und gegen das gleiche Wahlrecht stimmen. Gegen alle diese Gegner muß die Arbeiterbewegung ihre Selbständigkeit und Gleichberechtigung erkämpfen. Das ist Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen. Auch die Kämpfe des christlichen Metallarbeiterverbandes hier im verflochtenen Jahre haben sich um diese Punkte gedreht. Für die Folgen des Kampfes haben jene Kreise die volle Verantwortung zu tragen, die sich den natürlichen Bestrebungen der Arbeiter an der Saar widersetzen. Das trifft auch für die Herren zu, die an der Spitze der Fachabteilungen (Sitz Berlin) stehen, und gegenwärtig mit allen Mitteln gegen das gleiche und geheime Wahlrecht arbeiten.

Redner behandelte hierauf die Erfolge und große Entwidlung des christlichen Metallarbeiterverbandes. Vor einem Jahre war nur ein Sekretär mit zwei weiblichen Kräften in unserem Bezirk tätig. Jetzt sind fünf Sekretäre und vier weibliche Kräfte angefaßt.

Eine große Anzahl von führenden Mitgliedern konnte herangebildet werden. Eine Fülle von Aufgaben ist noch zu lösen, viele Hindernisse zu beseitigen. Nach der Arbeit und Tätigkeit der christlich organisierten Hütten- und Metallarbeiter an der Saar, wird sich auch deren Zukunft gestalten.

Nach Erledigung mehrerer Verbandsangelegenheiten hielt Sekretär Kollege Pils einen sehr interessanten Vortrag über den Regierungsentwurf zum Arbeitskammergesetz. Er bezeichnete eine ganze Anzahl von Paragraphen für die Arbeiterbewegung als unannehmbar.

Die Konferenz faßte folgenden Beschluß, die Hausagitation betreffend:

„Die Hausagitation wird als ein wirksames und erfolgreiches Werbemittel betrachtet, um fernstehende Arbeiter dem Verbande zuzuführen. Die Konferenz macht es deshalb allen Zahlstellen erneut zur Pflicht, laufend Hausagitation abzuhalten. Die Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute haben mit Unterstützung der Ökonomen und des Agitationsleiters die Hausagitation gut vorzubereiten. In allen Zahlstellen sind Agitationskommissionen zu bilden. Diese Kommissionen sollen bei der Hausagitation in den benachbarten Zahlstellen aufstellen. Um die jugendlichen Arbeiter zu gewinnen, sind in allen Zahlstellen besondere Hausagitationen für Jugendliche abzuhalten. Die Hausbesuche sind in solchen Fällen von einem jugendlichen und einem älteren Kollegen zusammen zu führen. Im Monat Juni hat in allen Zahlstellen im allgemeinen und eine besondere Hausagitation für Jugendliche stattzufinden.“

Beschlüsse werden gefaßt, damit sie durchgeführt werden können. Deshalb alle Zahlstellen des Dillingen Bezirkes wett-eitern, damit in allen Zahlstellen eine gut vorbereitete Hausagitation in den nächsten Tagen einsetzt. Wäge jeder Kollege bedenken: Jeder uns fernstehende Berufscollege ist ein Hindernis auf dem Wege, den wir gehen müssen, um Erfolge zu erzielen.

Versammlungs-Kalender und Bekanntmachungen.

- Sonntag, den 13. Juni 1918:**
- Birkenwald 2. Abends 8.30 Uhr bei Bergmann, Defermarthstraße.
 - Wittlich. Abends 8 Uhr bei Gerschheim, Eberstraße.
 - Esch. Jugendberatung. Abends 8 Uhr bei Pottgießer, Fröhnhauer Str. 254. Unterrichtskursus. Referent: Redakteur Hell. Sieber.
- Montag, den 16. Juni 1918:**
- Verband 1. 11 Uhr bei Kroll, Kärcherplatz.
 - Verband 2. 10.30 Uhr bei Weidke, Auguststraße.
 - Esch. Abends 8 Uhr bei Gerschheim, Eberstraße.
 - Verband 3. 11 Uhr bei Gerschheim, Eberstraße.
 - Verband 4. 11 Uhr bei Gerschheim, Eberstraße.
 - Verband 5. 11 Uhr bei Gerschheim, Eberstraße.
 - Verband 6. 11 Uhr bei Gerschheim, Eberstraße.
 - Verband 7. 11 Uhr bei Gerschheim, Eberstraße.
 - Verband 8. 11 Uhr bei Gerschheim, Eberstraße.
 - Verband 9. 11 Uhr bei Gerschheim, Eberstraße.
 - Verband 10. 11 Uhr bei Gerschheim, Eberstraße.
 - Verband 11. 11 Uhr bei Gerschheim, Eberstraße.
 - Verband 12. 11 Uhr bei Gerschheim, Eberstraße.
 - Verband 13. 11 Uhr bei Gerschheim, Eberstraße.
 - Verband 14. 11 Uhr bei Gerschheim, Eberstraße.
 - Verband 15. 11 Uhr bei Gerschheim, Eberstraße.
 - Verband 16. 11 Uhr bei Gerschheim, Eberstraße.
 - Verband 17. 11 Uhr bei Gerschheim, Eberstraße.
 - Verband 18. 11 Uhr bei Gerschheim, Eberstraße.
 - Verband 19. 11 Uhr bei Gerschheim, Eberstraße.
 - Verband 20. 11 Uhr bei Gerschheim, Eberstraße.

- Saarn-Verbindungen. 5 Uhr Familienabend bei Helm. Anna. 11 Uhr bei Winterkamp für Anna und Königsborn.
- Essen-Ortsverwaltung. Morgens 10 Uhr bei Wink, Alten-dorfer Straße 299. Allgemeine Vertrauensmännerführung.
- Essen-Segeroth. Morgens 11 Uhr bei Verken.
- Söln-Wingst. Morgens 11 Uhr bei Dur. Döhmerer Str.
- Söln-Nash. Morgens 10.30 Uhr bei Wessel, Eckerstr.
- Gerne. 5 Uhr, nachfolgend Unterhaltungsabend bei Girde, Wipperstraße.
- Lüdenscheid. Abends 8 Uhr bei Niklas, Wilhelmstr.
- Quisburg, Wittheim, Oberhausen, und Krefeld. In allen Orten Hausagitation. Die Mitglieder und Vertrauensleute werden dringend aufgefordert, sich an dieser wichtigen Arbeit zu beteiligen.
- Nerdlingen. 11.30 Uhr bei Barmhauer.
- Reichenhausen. 11 Uhr bei Eversloh.
- Mörs. 4 Uhr bei Kroppen.
- Friemersheim. 7 Uhr Heine, Rabuich.
- Bruchhausen. 5 Uhr Eshard.
- Walsum. 4. Uhr bei Blum. 3 Uhr Vertrauensmännerführung.

Mittwoch, den 19. Juni 1918:

- Gelsenkirchen-Ortsverw. Abends 8 Uhr bei Dirkes, Vereinsstraße 59: Branchenversammlung der Maschinenarbeiter und -arbeiterinnen (Bohrer, Kräfte, Hobler u. a.)
- Wg.-Beck. 7.30 Uhr bei Zimmer, Kaiserstr.
- Marxloh. Abends 8 Uhr bei Bruch, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, den 20. Juni 1918:

- Gelsenkirchen-Ortsverw. Abends 8 Uhr bei Dirkes, Vereinsstraße 59: Branchenversammlung der Elektriker, Motorwärter, Kranführer und -führerinnen.

Samstag, den 22. Juni 1918:

- Gelsenkirchen-Ortsverw. Abends 8 Uhr bei Dirkes, Vereinsstraße 59: Branchenversammlung der Former, Kernmacher, Gußhauer und der in den Gießereien beschäftigten Arbeiterinnen, Hilfsarbeiter und Lehrlinge.
- Söln-Gumboldtsloh. Abends 8.30 Uhr bei Kuff, Weststr.
- Söln-Solingen. Abends 8 Uhr im Bürgerhof, Bonnerstr.

Sonntag, den 23. Juni 1918:

Ortsgruppen des Schwarzwaldes.

Am Sonntag, 23. Juni 1918 findet auf der Fuchsfahl (Hirzwald) eine Schwarzwaldtagung (Sommerfeier) der christl. Gewerkschaften statt. Alle Ortsgruppen seien für diesen Tag einen gemeinsamen Familienausflug auf die Fuchsfahl an. Treffpunkt dort 10 Uhr vormittags. Dort Festrede, Ansprachen und gemeinsame Unterhaltung. Allgemeine Beteiligung.

- Düsseldorf-Gerresheim. Vormittags 11 Uhr im Lokale Statu-mann, Grünlinger Straße 18.
- Düsseldorf-Holthausen. Vormittags 11 Uhr im Lokale Blau, Düsseldorf-er Straße.
- Düsseldorf-Unterrath. Nachmittags 6 Uhr im Lokale Kew-ler, Kürtenstr.
- Düsseldorf-Nath. Abends 8 Uhr im Lokale Schulken, Ober-rather Straße 3.
- Haan. 5.30 Uhr bei Krahwinkel. Referent: Arbeitersekretärin Fr. Leusch.
- Söln-Soll. Morgens 11 Uhr bei Jagbender, Hauptstr.
- S.-Gladbach. Morgens 11 Uhr bei Meyer, Wilhelmstr.
- Gelsenkirchen-Neustadt. Morgens 11 Uhr wichtige Zusammen-kunft bei Singenauber.
- Gelsenkirchen-Schulte. Morgens 11 Uhr wichtige Zusammen-kunft bei Wegener.
- Gelsenkirchen-Sülken. Morgens 11 Uhr wichtige Zusammen-kunft bei Nachbarshulte.
- Gelsenkirchen-Zeldmarkt. Morgens 11 Uhr wichtige Zusammen-kunft bei Schmidtmann.
- Gelsenkirchen-Dumke. Morgens 11 Uhr wichtige Zusammen-kunft bei Kaiser.
- Gelsenkirchen-Ortsverw. Nachmittags 4.30 Uhr Ausflug der Kolleginnen. Näheres durch besondere Einladungen.
- Sachholz. 5 Uhr Küber.
- Somburg. 11 Uhr Somburger Hof.
- Wg.-Gochfeld. 5 Uhr Conrad, Gochfeldstr.
- Oberhausen. 5.30 Uhr Ruch, Falkenstr.
- Schingen. 11.30 Uhr bei Dittmann.
- Essen-Ortsverwaltung. Vormittags 10.30 Uhr außerordent-liche Generalversammlung im Kruppsaal des Städtischen Saalbaues.

Montag, 24. Juni, abends 7.30 Uhr

3. Theaterabend im Stadttheater. Zur Aufführung gelangt die Operette „Die Fiebermaus“. Karten sind von Montag, 17. Juni, vormittags 8.30 Uhr ab gegen Vorlage des Mitgliedsbuches auf dem Büro zum Preise von 2.40, 2.00, 1.40, 0.75, 0.30 Mark zu haben. Mitglieder, die bei der letzten Vorstellung Karten erhalten haben, können erst von Dienstag, den 18. Juni, an solche bekommen, sofern am 17. Juni nicht alle Karten ausgegeben sind.

Sonntag, den 30. Juni 1918:

- Gelsenkirchen-Ortsverw. 2.30 Uhr bei Singenauber, Deffauerstraße, Versammlung der Zehnmittelarbeiter.

„Das Gewinde“

Vollständigstes Nachschlagebuch auf diesem Gebiete. Enthält rund 7500 berechnete Räderätze für rund 7750 Gewinde. Einfachstes Lehrbuch für den Arbeiter. Zu beziehen von Wilh. Schulz Augsburg, Imhofstr. 79. — Bei Voreinsendung des Betrages 4.75 M., bei Nachnahme 4.95 M.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt eine größere Anzahl tücht.

Feinmechaniker

Optiker

Werkzeugmacher

und Dreher

Aktiengesellschaft Hahn für Optik und Mechanik Cassel-Ihringhausen.

Wachspapiere

und Farben für alle Vervielfältigungsapp. Kohlpapier, Durchschlag- und Vervielfältigungs-Papier

Eckvoem Niederrhein, Duisburg